

BG/BRG Baden Biondekgasse
2500 Baden, Biondekgasse 6

Auswirkungen der Wasserprivatisierung in armen Ländern der Erde

Vorwissenschaftliche Arbeit
verfasst von

Sandra Rejak

Klasse: 8BG
Schuljahr 2017/18

Betreuerin: Mag. Michaela Balber

Haupttermin 2017/18
Baden, 16. Februar 2018

Abstract

Wasser ist eine lebensnotwendige Ressource und für den Menschen essentiell. Gleichzeitig stellt Wasser aber auch eine Handelsware mit hohem Marktwert dar. Dies erkannten die Weltbank und andere internationale Organisationen bereits im 20. Jahrhundert und sprachen sich vehement für eine Privatisierung des Wassersektors, im Besonderen in armen Ländern, aus. Die Privatisierung der Wasserversorgung zieht jedoch neben einigen positiven, überwiegend negative Folgen nach sich, unter welchen am meisten die Bevölkerung leidet. Die Einwohner von Städten mit privatisierter Wasserversorgung klagen zumeist über erhöhte Wassergebühren und über eine schlechte Trinkwasserqualität. Letzteres führte in einigen Städten zum Ausbruch von Krankheiten wie etwa der Cholera. In mehreren Fällen profitieren aber die Bewohner von einem ausgeweiteten Wasserleitungsnetz. Die Fragestellung, inwiefern sich die Privatisierung der Ressource Wasser auf die Verbraucher/innen in armen Ländern der Erde auswirkt, wird in dieser Arbeit mittels Literaturrecherche beantwortet. Es wird zusätzlich auf ein Fallbeispiel bezüglich des Konzerns Nestlé, dem Marktführer des Flaschenwassermarktes, eingegangen. Bewohner von Dörfern, die sich in unmittelbarer Nähe zu Abfüllstationen des Unternehmens befinden, sehen in Nestlé den Verantwortlichen für einen sinkenden Grundwasserspiegel und einen hohen Verschmutzungsgrad des Leitungswassers. Nestlé streitet jedoch jeden Vorwurf ab.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	4
2	Die Ressource Wasser	5
2.1	Wasser und dessen Verwendung.....	5
2.2	Problematik bei der Trinkwasserversorgung	5
2.3	Wasser ist ein Menschenrecht.....	6
2.4	Privatisierung eines Menschenrechts	7
2.4.1	Begriffsdefinition: staatliche Privatisierung	7
2.4.2	Modelle der Wasserprivatisierung	8
2.5	Wasser ist eine Handelsware.....	8
2.6	Internationale Organisationen drängen zur Privatisierung.....	9
3	Der Wassermarkt	10
3.1	Attraktivität des Wassermarktes	10
3.2	Die großen Wasserkonzerne	11
3.3	Die Privatisierung der Wasserversorgung in Bolivien.....	12
3.4	Die Privatisierung der Wasserversorgung in Argentinien	13
3.5	Die Privatisierung der Wasserversorgung auf den Philippinen	15
3.6	Die Privatisierung der Wasserversorgung in Indonesien.....	16
4	Vorteile und Nachteile der Wasserprivatisierung.....	17
4.1	Vorteile.....	17
4.1.1	Finanzielle Unterstützung	17
4.1.2	Entpolitisierung und erzielte Erfolge durch Wasserprivatisierung.....	18
4.2	Nachteile	18
4.2.1	Arme Stadtteile profitieren nicht von der Privatisierung.....	19
4.2.2	Erhöhte Wasserpreise	19
4.2.3	Reduzierung von Arbeitskräften und mangelnde Wasserqualität.....	20
4.2.4	Fehlende Transparenz und Regulierung	20

5	Nestlé im Wassergeschäft.....	21
5.1	Flaschenwasser.....	21
5.2	Der Konzern Nestlé.....	22
5.3	Nestlé in Pakistan.....	23
5.4	Nestlé in Brasilien.....	24
5.5	Nestlés Standpunkt zum Menschenrecht Wasser.....	25
6	Fazit	26
7	Abkürzungsverzeichnis.....	28
8	Abbildungsverzeichnis.....	29
9	Literaturverzeichnis	30

1 Einleitung

Die stetig voranschreitende Privatisierung von Wasser, welches mittlerweile zu einem Menschenrecht deklariert worden ist, wirkt polarisierend. Vor allem erregte die Privatisierung der Wasserversorgung in Städten von Ländern mit schwacher Finanzkraft in den letzten beiden Jahrzehnten Aufmerksamkeit. Die anfängliche Lobpreisung der privaten Unternehmen, die sich der teils defizitären Wasserversorgung in armen Ländern annahmen, ist stark zurückgegangen.

Die vorliegende vorwissenschaftliche Arbeit befasst sich mit der Privatisierung von Wasser in armen Ländern der Erde, wobei speziell die Auswirkungen auf die Bewohner dieser Länder im zentralen Blickfeld stehen. Das Ziel der Arbeit ist es, die Folgen einer privaten Wasserversorgung sowie einer privaten Nutzung von Wasserquellen durch Konzerne objektiv zu erläutern.

Zu Beginn der Arbeit wird auf die Bedeutung der Ressource Wasser und deren Kommerzialisierung mit einem besonderen Bezug auf arme Länder eingegangen. Im darauffolgenden Abschnitt werden Beispiele von Wasserprivatisierungen in ausgewählten Städten und ein Überblick über die positiven und negativen Auswirkungen der Privatisierung der Wasserversorgung angeführt. Abschließend setzt sich die Arbeit mit einem Fallbeispiel auseinander, für welches der Großkonzern Nestlé herangezogen wird. Es wird dabei sowohl den betroffenen Bürgern als auch dem Konzern eine Stimme gegeben.

Für diese Arbeit wurde auf Fachbücher sowie auf Online-Broschüren zu dem Thema der Arbeit zurückgegriffen. Überdies dienten die offizielle Webseite der Nestlé-Gruppe (www.nestlé.at) als auch der Dokumentarfilm „Bottled Life – Nestlés Geschäft mit dem Wasser“ aus dem Jahr 2012 als Informationsquellen.

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in dieser Arbeit darauf verzichtet, geschlechtsspezifische Formulierungen zu verwenden. Soweit personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Männer und Frauen in gleicher Weise.

2 Die Ressource Wasser

2.1 Wasser und dessen Verwendung

Unsere Erde verfügt über immense Wasservorkommen und –Vorräte. Diese bestehen schätzungsweise aus 1,4 Milliarden Kubikmeter Wasser, welche auf dem gesamten Globus verteilt sind. Davon ist aber nur ein 2,5 prozentiger Anteil Süßwasser und somit als Trinkwasser verwertbar. Die restlichen 97,5 Prozent füllen die Meere mit Salzwasser. Nahezu 70 Prozent des Süßwasservorkommens sind aber Bestandteil von Gletschern, Sümpfen, Bodenfeuchte und Bodenfrost und stehen daher nicht als Trinkwasser zur Verfügung (vgl. Krumm 2015, S. 44).

Die Nutzung des für uns verwertbaren Wassers lässt sich in 3 Sektoren aufteilen. Die Landwirtschaft benötigt mit 69 Prozent am meisten Wasser, gefolgt von der Industrie mit 23 Prozent. Vergleichsweise wenig Wasser verbrauchen mit 8 Prozent die Haushalte weltweit (vgl. Krumm 2015, S.48). Laut dem UN-Weltbevölkerungsbericht benötigt ein Mensch 50 Liter Wasser am Tag, um seinen Trinkwasserbedarf sowie den Bedarf an Wasser für Körperhygiene und Tätigkeiten wie Kochen und Putzen zu decken (vgl. Stadler/Hoering 2003, S. 23). Trotz des relativ geringen Bedarfs haben ca. 17 Prozent der Weltbevölkerung keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Sie müssen täglich lange Wegstrecken auf sich nehmen, um solches zu besorgen, vorausgesetzt, sie haben die dafür nötigen finanziellen Mitteln. Besonders Gebiete mit niedrigem durchschnittlichem Einkommen sind von diesem Problem betroffen. In Afrika beispielsweise sind 38 Prozent der Bevölkerung nicht ausreichend mit sauberem Trinkwasser versorgt (vgl. Krumm 2015, S. 44f.).

2.2 Problematik bei der Trinkwasserversorgung

In den letzten Jahrzehnten ließ sich ein erhöhter Verbrauch von Trinkwasser verzeichnen. Damit einhergehend intensivierten sich die Probleme der Wasserverschwendung und Wasserverunreinigung. Der unachtsame Umgang mit der wertvollen Ressource führt zu erschwerten Bedingungen für die weltweite Wasserversorgung (vgl. Stadler/Hoering 2003, S. 25). Gut die Hälfte des für die Bewässe-

rung in der Landwirtschaft vorgesehenen Wassers kommt durch den Transport ab-
handen und erreicht nie die Pflanze am Feld. Ebenfalls versickern weltweit etwa
50 Prozent an unterirdisch geleitetem Trinkwasser aufgrund undichter Rohre (vgl.
Stadler/Hoering 2003, S. 39).

Fast noch verheerendere Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung hat die
Wasserverschmutzung. In den Ländern des Südens gelangen 90 Prozent der Ab-
wässer unbehandelt in die Flüsse. Die Folge sind ernsthafte Gesundheits-
probleme der Bevölkerung. Jährlich sterben 25 Millionen Menschen an Krankhei-
ten, die durch das Trinkwasser verbreitet werden. Unter diesen sind drei Millionen
Kinder, die an Durchfallerkrankungen, ausgelöst durch verschmutztes Trinkwas-
ser, sterben (vgl. Barlow/Clarke 2002, S. 76f.).

Neben der Globalisierung ist auch ein rasantes Bevölkerungswachstum zu ver-
zeichnen, was ebenfalls einen erhöhten globalen Wasserverbrauch bewirkt. Heute
ist der Wasserverbrauch dreimal so hoch als noch vor 50 Jahren (vgl. Loewe
2007, S. 13).

2.3 Wasser ist ein Menschenrecht

Am 28. Juli 2010 wurde Wasser in der 108. Plenarsitzung der Generalversamm-
lung der Vereinten Nationen mit der Resolution 64/292 einstimmig als Menschen-
recht anerkannt, wobei sich neben den 122 Befürworterstaaten 41 Staaten ihrer
Stimme enthielten. Unter den Ländern, die sich nicht an der Abstimmung beteilig-
ten, befanden sich unter anderem Österreich, Großbritannien und Nordirland, Süd-
korea, Türkei und die Vereinigten Staaten von Amerika. In der Generalversamm-
lung wurde beschlossen, dass von nun an der Zugang zu sauberem Trinkwasser
und sauberen Sanitäreinrichtungen als Menschenrecht gelte, wobei die Wichtigkeit der
Umsetzung in Entwicklungsländern im zweiten Punkt der Resolution 64/292
nachdrücklich betont wird (vgl. United Nations 2010, S. 45f.).

„The General Assembly (...)

- 2. Calls upon States and international organizations to provide financial resources, capacity-building and technology transfer, through international assistance and cooperation, in particular to developing countries, in order to scale up efforts to*

provide safe, clean, accessible and affordable drinking water and sanitation for all; (...).” (United Nations 2010, S. 47)

Obwohl das Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser zuvor nicht als solches explizit angeführt worden war, wären andere fundamentale Menschenrechte ohne sauberes Trinkwasser nicht realisierbar gewesen. Das Recht auf Leben, das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, das Recht auf Gesundheit sowie das Recht auf Nahrung, Wohnen und Kleidung bedürfen einer sauberen Trinkwasserversorgung als Grundvoraussetzung. Es ist jedoch zu erwähnen, dass die Resolutionen der UN-Vollversammlung nicht als Gesetze, sondern lediglich als Empfehlungen gelten (vgl. Winkler 2011, S. 554).

2.4 Privatisierung eines Menschenrechts

Die Weltbank, eine internationale Organisation, die in der Entwicklungspolitik von großer Bedeutung ist, sprach sich in den 1980er und 1990er Jahren verstärkt für den Privatsektor aus. Der dadurch ausgelöste Trend der Privatisierung erreichte sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer, verliert aber seit Ende der 1990er Jahre immer mehr an Bedeutung (vgl. Küblböck 2004, S.15f.).

2.4.1 Begriffsdefinition: staatliche Privatisierung

Der Ausdruck „Privatisierung“ ist ein umfassender Begriff, der die verschiedensten Modelle und Grade eines Prozesses beschreibt, wo Güter oder Dienstleistungen, die zuerst von öffentlicher Hand verwaltet wurden, in den Verwaltungsbereich privater Organisationen übergehen. Im Rechtssystem eines Staates bedeutet dies die Übernahme einst staatlicher Aufgaben durch private Unternehmen (vgl. Ewald 2004, S. 14). Obwohl Wasser seit 2010 als Menschenrecht gilt, ist es ebenfalls ein Gut mit welchem Handel betrieben werden darf. Demnach kann rechtlich gesehen auch die Wasserversorgung, sprich die Verwaltung und Instandhaltung des Trinkwasserversorgungssystems, in einem Staat privatisiert werden (vgl. Stadler/Hoering 2003. S. 46).

2.4.2 Modelle der Wasserprivatisierung

Ein Staat hat mehrere Möglichkeiten seine Verwaltungsbereiche, insbesondere im Wassersektor, der privaten Hand zu übergeben. Dabei unterscheiden sich die verschiedenen Modelle der Wasserprivatisierung im Grad der Privatisierung und Aufgabenverteilung zwischen Staat und privatem Unternehmen (vgl. Barlow/Clarke 2002, S.120).

Eine Möglichkeit, die Wasserversorgung teilweise in private Hände zu übergeben, besteht darin, Betriebsführungsverträge mit dem privaten Betreiber abzuschließen. Bei dieser Vertragsart kann einem Privatunternehmen die Führung eines Betriebes und die Verantwortung über die Infrastruktur zugeteilt werden. Der Staat übernimmt weiterhin die nötigen Investitionen und Budgetplanungen und bezahlt das Unternehmen mittels einer Gewinnbeteiligung (vgl. Stadler/Hoering 2003, S. 58f.).

Auch das Konzept einer Pacht kann bei den Wasserversorgungssystemen angewendet werden. Ein Unternehmen hat die Möglichkeit, die zugehörigen Anlagen und die damit verbundene Infrastruktur zu pachten (vgl. Barlow/Clarke 2002, S. 120).

Das weltweit am häufigsten angewandte Wasserprivatisierungsmodell ist die Konzessionsvergabe. Hierbei bleiben die Anlagen ebenfalls Staatseigentum. Investitionen und/oder Betriebsführung werden von einem privaten Unternehmen übernommen. Dieses Modell ist dem Verkaufsmodell, wo auch die Anlagen an die Privatfirmen verkauft werden, am ähnlichsten (vgl. Stadler/Hoering 2003, S. 59f.).

2.5 Wasser ist eine Handelsware

Im Zuge eines wachsenden Bewusstseins über die Wichtigkeit der Ressource Wasser kam es 1992 zur Internationalen Wasser- und Umweltkonferenz von Dublin. Die vier aus den Verhandlungen herausgegangenen Beschlüsse setzten einerseits fest, dass Wasser lebensnotwendig und zu beschützen sei, aber andererseits auch eine Ware darstelle, mit welcher Handel im wirtschaftlichen Sinne betrieben werden könne und solle. Die Dublin-Konferenz eröffnete damit einen neuen vielver-

sprechenden Markt, für den sich vor allem die Finanz- und Unternehmenswelt interessierte (vgl. Pilardeux 2011, S. 529). Neben dem neuen Marktsektor entwickelten sich auch neue Organisationen, die sich mit der Ware Wasser beschäftigten. So wurde der Weltwasserrat (World Water Council) gemeinsam mit dem Weltwasserforum (WWF) 1997 gegründet. Aus diesem ging unter anderem die Forderung einer „Vision“ in Bezug auf Wasser, Leben und Umwelt für das kommende 21. Jahrhundert hervor, welche unter Berücksichtigung aller Bevölkerungsschichten sowie privater und staatlicher Institutionen erstellt werden sollte. Im Jahr 1997 gründete demnach der Weltwasserrat die World Commission on Water for the 21st Century, um die „Vision“ zu erarbeiten (vgl. Stadler/Hoering 2003 S.48f.). Im drei Jahre später veröffentlichten Report der „Vision“ wurde Staaten geraten, die Wasserversorgung den privaten Unternehmen zu überlassen. Zum einen seien diese in der finanziellen Lage für die kostenaufwendige Infrastruktur der Wasserversorgung aufkommen zu können. Zum anderen seien sie durch die Marktkonkurrenz angeregt, effizientere Technologien zu entwickeln (vgl. World Water Council 2000, S. 57).

2.6 Internationale Organisationen drängen zur Privatisierung

Um die Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufzubauen, formierten sich 1944, auf Rat der Bretton-Woods-Konferenzen in New Hampshire, zwei neue Unterorganisationen der Vereinten Nationen. Zum einen entstand dadurch der Internationale Währungsfonds (IWF), dessen Aufgabe darin bestand den Wiederaufbau des Wirtschaftssystems zu unterstützen, und zum anderen die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), die speziell beim Wiederaufbau und bei der Entwicklung der damaligen 151 Mitgliedsstaaten mitwirken sollte. Heute haben beide ihren Hauptsitz in Washington D.C. Beide verfügen über 184 Mitgliedsstaaten und verfolgen das neue Ziel, eine faire, von Armut befreite Welt zu schaffen. Gemeinsam vergeben sie Kredite an arme Länder, welche jedoch an Bedingungen gekoppelt sind, die Privatisierungen im Bildungs-, Bankwesen-, und Wasserversorgungsbereich vorsehen (vgl. Loewe 2007, S. 137ff.).

Überdies unterstützen weitere Organisationen, die mit der Weltbankgruppe vernetzt sind, die Privatisierung des Wassersektors. Die Multilaterale Investitions-

Garantie-Agentur (MIGA) sowie die Internationale Finanz-Corporation (IFC) setzen sich für private Institutionen ein, welche in die Wasserversorgung armer Länder investieren wollen. Die MIGA spielt dabei eine wesentliche Rolle als Versicherung gegen mögliche Risiken wie zum Beispiel die Nicht-Kooperation eines Staates. Damit Unternehmen gegen vertragswidriges Vorgehen abgesichert sind, können sie am Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID), einem internationalen Gerichtshof, klagen (vgl. Barlow 2013, S. 108).

Ein wichtiges Organ der Wirtschaft stellt außerdem die Welthandelsorganisation (WTO) dar. Mit der Gründung der WTO wurde gleichzeitig auch das GATS-Abkommen (General Agreement on Trade in Services) ins Leben gerufen. Alle heutigen 148 Mitgliedsstaaten der WTO verpflichten sich gleichzeitig mit ihrer Mitgliedschaft, die festgelegten Bestimmungen des GATS-Abkommens einzuhalten. Das Abkommen sieht eine Liberalisierung des Handels mit Dienstleistung vor und befürwortet eine Reduzierung von Handelseinschränkungen wie zum Beispiel staatliche Regulierungen. Die Wasserversorgung stellt laut GATS auch eine Dienstleistung dar (vgl. Deckwirth 2004, S. 29f.).

3 Der Wassermarkt

3.1 Attraktivität des Wassermarktes

Wasser wird seit den 1990er Jahren immer begehrt. Die weltweite Landwirtschaft und Industrie sowie vorwiegend westliche Haushalte verschwenden und verschmutzen große Mengen an Wasser. Dies führt dazu, dass Wasser an vielen Orten der Erde immer mehr verknappt und zu einer bedrohten Ressource wird. Die Verknappung wiederum wirkt auf Unternehmen als Anreiz mit Wasser Geld zu verdienen (vgl. Deckwirth 2004, S.5). Das Wirtschaftsmagazin „Fortune“ prognostizierte bereits im Jahr 2000, dass Wasser im 21. Jahrhundert in etwa so viel Wertschätzung genießen werde wie Öl im 20. Jahrhundert (vgl. Loewe 2007, S. 18f.). Der Wert des privaten Wassermarktes wurde 2006 von der Zeitschrift „ideas“ auf bereits 300 Milliarden Euro geschätzt, während man einen Zuwachs von Unternehmen, die in der Wasserbranche tätig sind, von 8 bis 15 Prozent er-

wartete (vgl. Loewe 2007, S. 20). Der Wassermarkt wurde für transnationale Konzerne lukrativer, seit die Liberalisierung des Wassersektors eingeleitet worden ist. Es eröffneten sich dadurch den Konzernen neue, vielversprechende Investitionsmöglichkeiten (vgl. Deckwirth 2004, S. 5).

3.2 Die großen Wasserkonzerne

In der Industrie des Wassersektors sind weltweit nicht mehr als 10 Konzerne vertreten. Viele davon sind „Multi-Utility-Konzerne“ und somit auch in weiteren Versorgungsmärkten aktiv wie beispielsweise in der Abfallentsorgung oder Energieversorgung. Die meisten großen Wasserkonzerne haben ihren Sitz in Europa. Dies lässt sich auf die frühe Privatisierung der Wasserversorgung in europäischen Ländern zurückführen. Frankreich begann schon im 19. Jahrhundert zu privatisieren und England übergab 1989 alle neun Wasserversorgungsinstitutionen an private Unternehmen (vgl. Deckwirth 2004, S. 9). In der Privatisierungswelle der 90er Jahre spielten unter anderem die Konzerne Veolia Water und Suez als private Investoren eine große Rolle.

Veolia ist ein französischer Multi-Utility-Konzern, der vor allem im Wassersektor vertreten ist. Der Konzern findet seinen Ursprung im 19. Jahrhundert, als das Wasserunternehmen Campagne Générale des Eux gegründet wurde. 1998 wurde der Gründungsname jedoch in Vivendi geändert. Etwas später erweiterte der Konzern seinen Marktradius. Vivendi kaufte einige Unternehmen im Medienbereich auf und erweiterte den Konzern zum Beispiel mit dem TV-Unternehmen Canal + sowie der Unterhaltungsfirma Seagram. Seagram gehören unter anderem die Universal Studios an. Vivendi entwickelte sich damit zum zweitgrößten Medien- und Telekommunikationskonzern der Welt. Veolia Environment besteht seitdem aus den fünf Subunternehmen Onyx (Abfallentsorgung), Connex (Transport), Dalkia (Energieversorgung) und Veolia Water (Wasserversorgung), die sich jeweils auf einen Versorgungsbereich spezialisiert haben (vgl. Deckwirth 2004, S. 13).

Suez, der zweitgrößte Wasserkonzern weltweit, wurde ebenfalls in Frankreich im 19. Jahrhundert gegründet und trug damals den Namen Lyonnaise des Eaux. Im

Jahr 1997 vereinigte sich das Unternehmen mit der Industriefirma Compagnie de Suez, welches schon am Bau des Suez-Kanals beteiligt war. Im Jahr 2002 wurde der Name auf Suez geändert und es entstand die neue konzerninterne Verwaltung Ondeo für alle Betätigungen des Konzerns im Wassersektor. Suez strebte an, Marktführer in der internationalen Wasserversorgung zu werden und handelte zwischen 1995 und 2000 mit 20 Ländern Verträge bezüglich deren jeweiligen Wasserversorgung aus. Wenige Zeit später kaufte Suez die Unternehmensgruppe US Water vom US-amerikanischen Großunternehmen Bechtel auf (vgl. Deckwirth 2003, S. 9f.).

3.3 Die Privatisierung der Wasserversorgung in Bolivien

Die Weltbank erklärte sich 1997 bereit, den Staat Bolivien, eines der ärmsten Länder Lateinamerikas, mit einer Entwicklungshilfe im Wert von 600 Millionen US Dollar zu unterstützen. Um die Entwicklungsbeihilfe aber in Anspruch nehmen zu können, musste Bolivien der Forderung zur Privatisierung des Wassersektors nachgeben. Es wurde daraufhin in Bolivien ein Gesetz erlassen, welches die Privatisierung der Wasserversorgung ermöglichte (vgl. Stadler/Hoering 2003, S. 134).

Die Privatisierung der Wasserversorgung der drittgrößten Stadt Boliviens, Cochabamba, wurde 1999 eingeleitet. Das Unternehmen Aguas del Tunari, eine Tochterfirma des US Großkonzerns Bechtel, erhielt gemeinsam mit der Firma United Utilities International und einigen kleineren Firmen den Zuspruch die Wasserversorgung der Stadt zu übernehmen. Der Konzessionsvertrag wurde für die Dauer von 40 Jahre ausgehandelt und im November 1999 unterzeichnet (vgl. Schiffler 2015, S. 20f.). Ab Frühjahr 2000 kam es zu fortlaufenden Erhöhungen der Wassergebühren. Das Democracy Center in Cochabamba gab an, dass die Wasserpreise während der Privatisierung durchschnittlich um 51 Prozent gestiegen wären. Aguas del Tunari sprach dagegen von einer Preiserhöhung von 35 Prozent. Neben den Preiserhöhungen sorgte auch das Gesetz, welches zuvor zugunsten der Wasserprivatisierung erlassen worden war, für Unzufriedenheit. Dieses sogenannte Gesetz 2029 erleichterte es privaten Investoren kommunal finanzierte und betriebene Wasserversorgungen zu übernehmen. Die besorgte Bevölkerung

fürchtete sich vor Kontrollverlust über die eigenen Wasserressourcen durch private Konzerne und vor weiteren Wasserpreiserhöhungen (vgl. Schiffler 2015, S. 22).

Die bolivianische Bevölkerung reagierte mit der Widerstandsbewegung „La Coordinadora“ und heftigen Protesten. Sie verlangte die Kündigung des Vertrages mit Aguas del Tunari. Als dies jedoch nicht geschah, kam es im April 2000 zum Ausnahmezustand. Vier Tage lang rief der damalige Präsident Hugo Banzer das Kriegsrecht aus und versuchte die Demonstranten mit Hilfe der Armee zu bekämpfen. Die Folgen waren ein erschossener Jugendlicher und zahlreiche verhaftete und gefolterte Demonstranten. Im gleichen Monat verließen Manager des Konzerns Aguas del Turani das Land, woraufhin die Regierung den Vertrag mit Bechtel endgültig auflöste (vgl. Stadler/Hoering 2003, S. 133f.).

Im Jahr 2001 verklagte Aguas del Tunari die bolivianische Regierung auf 25 Millionen US Dollar Entschädigung. Nach jahrelangem Verhandeln ohne endgültigen Beschluss am ICSID verkündete der Konzern Bechtel 2005, die Klage wieder fallen zu lassen (vgl. Schiffler 2015, S. 24f.). Heute ist der ehemalige Kokabauer und Coordinadora-Anhänger Evo Morales Präsident Boliviens. In außerstädtischen Gebieten haben derzeit nur zwei Drittel der Einwohner Zugang zu sauberem Trinkwasser. Zudem teilen sich 28.000 kommunale Wasseranbieter die Trinkwasserversorgung (vgl. Lill/Bertelli u.a. 2015, dl).

3.4 Die Privatisierung der Wasserversorgung in Argentinien

In der Hauptstadt Argentinien wurde, nicht zuletzt wegen Kreditvergabebedingungen der Weltbank, schon früh privatisiert. Suez und Veolia handelten 1993 einen Konzessionsvertrag für die Wasserversorgung Buenos Aires mit der argentinischen Regierung aus. Das Konsortium versicherte niedrige Wasserpreise sowie den Ausbau des Wasserversorgungssystems (vgl. Krüger 2011, S. 576f.).

Zu Beginn der Privatisierung kam es zu überwiegend positiven Veränderungen. Die Zahl der an das Wasserversorgungsnetz angeschlossenen Häuser stieg und die Kundenbetreuung verbesserte sich durch ein errichtetes Call Center für Beschwer-

den. Dem Konsortium fehlte es jedoch an Investitionsgeldern, um die im Konzessionsvertrag festgesetzten Ziele zur Gänze umsetzen zu können. Die IFC nahm sich der Probleme des Konsortiums an und organisierte Darlehen von insgesamt 15 internationalen Banken, wofür die IFC einen 5-prozentigen Anteil des Konsortiums erhielt (vgl. Schiffler 2015, S. 38).

Wenige Jahre nach der Wasserversorgungsübernahme hatten tatsächlich 1,6 Millionen mehr Menschen einen hauseigenen Wasseranschluss. Den Einwohnern kostete aber jeder neue Anschluss 800 US Dollar. Für viele stellte dies eine unbezahlbare Summe dar. In weiterer Folge geriet der Ausbau des Wasserversorgungssystems ins Stocken, was 1996 wiederum zu Protesten der Bevölkerung führte. Die Proteste zeigten Wirkung und die Wasseranschlussgebühren wurden um 75 Prozent verringert. Zum Ausgleich führte Aguas de Argentina jedoch einen Solidaritätszuschlag, eine Art Steuer an das Unternehmen, ein (vgl. Krüger 2011, S. 576f.). Des Weiteren wurden Suez und Veolia mit den im Trinkwasser nachgewiesenen Arsen-, Zyankali-, Phenole- und Ammoniumspuren sowie zu hohen Nitrat- und Chlorwerten konfrontiert. Die Konzerne hatten mit hohen Verlusten zu kämpfen und wollten daraufhin eine 15-prozentige Erhöhung der Wasserpreise durchsetzen (vgl. Krumm 2015, S. 63). Das Konsortium verlangte ebenfalls eine Ausgleichszahlung vom Staat, welcher wiederum eine Auszahlung verweigerte. Die Weltbank und einige europäische Staaten übten Druck auf die argentinische Regierung aus, damit sie die geforderten Preiserhöhungen zuließe und den Wassersektor stärker liberalisiere. Argentinien verklagte dagegen Suez wegen einer nicht zureichenden Wasserversorgung während einer Hitzeperiode und nicht getätigter Investitionen in die Wasserinfrastruktur (vgl. Krüger 2011, S. 577). Im Jahr 2010 fällte der ICSID ein Urteil zu Gunsten von Aguas de Argentinas. Der Gerichtsbeschluss lautete, dass die argentinische Regierung ihrer Aufgabe, dem Konsortium Sicherheit und Schutz zu bieten, zwar nachgekommen wäre, aber die privaten Investoren dabei ungerecht behandelt habe. Der argentinische Staat versuchte sich daraufhin zu rechtfertigen, dass er nur versucht habe, die argentinischen Bürger vor Tarifierhöhungen zu schützen. Aguas de Argentinas forderte trotzdem eine Schadensersatzzahlung in einer Höhe von 1,2 Milliarden US Dollar (vgl. Schiffler 2015, S. 44).

3.5 Die Privatisierung der Wasserversorgung auf den Philippinen

Die Wasserversorgung von Manila, der Hauptstadt der Philippinen, wurde 1997 unter zwei privaten Gesellschaften aufgeteilt. Der größere westliche Stadtteil Manilas mit zwei Drittel der Stadtbewohner fiel in den Versorgungsbereich von Maynilad Water Services, einem Konsortium bestehend aus dem Multikonzern Onedo und der wohlhabenden philippinischen López-Familie. Der kleinere Ostteil sollte von der Manila Water Company, an welcher der US-Konzern Bechtel, das Automobilunternehmen Mitsubishi und die Ayala-Corporation beteiligt waren, mit Wasser versorgt werden (vgl. Loewe 2007, S. 23). Nur 70 Prozent der Stadtbewohner hatten Zugang zum Wassernetz, welches überdies veraltet und undicht war. Die Bewohner der illegal gebauten Siedlungen mussten mangels zulässiger Papiere überteuertes Wasser bei privaten Händlern kaufen oder aus öffentlichen Brunnen beziehen. Maynilad Water und Manila Water versprachen gemeinsam mit 7,5 Milliarden US Dollar bis zum Auslaufen der Vertragszeit im Jahr 2021 für das Wasserversorgungsnetz aufzukommen und die durch Lecks verursachten Wasserverluste zu halbieren (vgl. Stadler/Hoering 2004, S. 150f.).

Beide Unternehmen behaupteten fünf Jahre nach der Übernahme der Wasserversorgung, zwei Millionen Bewohnern Manilas einen Anschluss an das Wasserversorgungssystem ermöglicht zu haben, wodurch sie ihre Ziele für 2001 erreicht hätten. Diese Behauptung wurde von der Regulierungsbehörde jedoch für falsch erklärt. Die Unternehmen gingen von sechs bis neun Personen pro Wasseranschluss und versorgtem Haushalt aus. Es wohnten jedoch deutlich weniger Personen in einem Haushalt. Keine der beiden Unternehmen konnte zudem eine Veränderung bezüglich der Wasserverluste bewirken. Manila Water hatte einen Wasserverlust von 50 Prozent zu verzeichnen und Maynilad Water sogar von 70 Prozent (vgl. Krumm 2015, S. 68f.). Die Qualität des Trinkwassers verschlechterte sich zudem zusehends. Kolibakterien, die durch das Wasserversorgungsnetz verbreitet wurden, führten 2003 zum Ausbruch einer Cholera-Epidemie. Nichtsdestotrotz erhöhten die Unternehmen stetig die Wassergebühren (vgl. Loewe 2007, S. 23f.). Als Rechtfertigung für die Preiserhöhung wurden die Asienkrise in den Jahren 1997 und 1998, die für den um 50 Prozent gefallen Wert des Pesos verantwortlich war, und das Naturphänomen El Niño genannt. Die Unternehmen übten unter

diesem Vorwand erfolgreich Druck auf die Regierung aus, die Verträge zu ihren Gunsten umzugestalten (vgl. Stadler/Hoering 2004, S. 158).

Dennoch kündigte Maynilad Water 2002 den Austritt aus dem Vertrag mit der philippinischen Regierung an und verklagte diese auf 300 Millionen US Dollar Schadensersatzzahlung mit der Begründung, dass einige Vertragsinhalte seitens der Regierung nicht eingehalten wurden. Die internationale Schiedskommission entschied jedoch, dass die Vertragskündigung von Maynilad Water unrechtmäßig sei.

Maynilad Water im Besonderen wirtschaftete unbedacht und tätigte unzureichende Investitionen, um das Wassernetz auszubauen und in standzuhalten (vgl. Krumm 2015, S. 70f.). Die Wasserversorgung im Westteil der Stadt wurde später von einem privaten Nachfolgekonsortium übernommen. Manila Water setzte ebenfalls nicht alle vorgenommenen Ziele von 1997 um, konnte sich jedoch durch ein besseres Verwaltungssystem behaupten (vgl. Krüger 2011, S. 578).

3.6 Die Privatisierung der Wasserversorgung in Indonesien

Im Jahr 1997 gab der indonesische Staatspräsident Suharto das öffentliche Wasserversorgungssystem Pam Jaya der Hauptstadt Indonesiens Jakarta zur Privatisierung frei. Der Großkonzern Thames Water handelte mit Unterstützung der Weltbankgruppe einen Konzessionsvertrag für den Ostteil Jakartas aus. Das Multi-Utility-Unternehmen Suez übernahm im Zuge eines ähnlichen Abkommens den westlichen Teil der Stadt. Pam Jaya wurde zu einer Regulierungsbehörde, welche die privaten Unternehmen kontrollieren sollte, umfunktioniert (vgl. Deckwirth 2004, S.16).

Die politischen Veränderungen in Indonesien und die Asienkrise 1998 veranlassten Suez und Thames Water, unmittelbar nach der Übernahme der Wasserversorgung, sich nach Singapur zurückzuziehen. Die Regierung beauftragte daraufhin wieder staatliche Einrichtungen, die sich der Wasserversorgung annehmen sollten. Als die Konzerne jedoch zurückkehrten, drängten sie die Regierung zu neu überarbeiteten Verträgen und bewirtschafteten weiter den Wassersektor Jakartas. Auf die drei Jahre andauernden Neuverhandlungen wurde mit heftigen Protesten der Bürger und mit Widerstand im Parlament reagiert (vgl. Krumm 2015, S. 64).

Trotzdem wurde ein neuer, für 25 Jahre geltender Vertrag mit Thames Water unterzeichnet. An dem daraus resultierten Unternehmen Thames Pam Jaya war Thames Water mit 95 Prozent beteiligt.

Suez und Thames Pam Jaya versorgten die Bevölkerung mangelhaft. Das Wasser war hoch schwermetallhaltig und wies Rückstände von Reinigungsmitteln auf. Die Bewohner warteten vergebens auf eine Ausweitung des Wasserversorgungsnetzes und litten unter den häufigen Erhöhungen des Wasserpreises (vgl. Deckwirth 2004, S. 16f.). Der Vertrag mit Thames Water sah aber im Falle einer frühzeitigen Kündigung eine Rückerstattung aller bis dahin getätigten Investitionen vor. Ebenso musste der indonesische Staat für die vereinbarten Gewinnsummen für alle 25 Vertragsjahre aufkommen. Dem Konzern ist es vertraglich des Weiteren erlaubt, alle sechs Monate eine Erhöhung des Wasserpreises durchzuführen (vgl. Krumm 2015, S. 64).

4 Vorteile und Nachteile der Wasserprivatisierung

4.1 Vorteile

4.1.1 Finanzielle Unterstützung

Öffentliche Wasserversorger können oft in einkommensschwachen Ländern keine zureichende Wasserversorgung auf Grund fehlender finanzieller Mittel garantieren. Zum einen veralten die teilweise vorhandenen Wasserleitungen, da kein Geld für deren Sanierung aufgebracht werden kann, zum anderen weist das zumeist verschmutzte Wasser keine Trinkwasserqualität auf, sondern ist oft mit Krankheitserregern verseucht (vgl. Krumm 2015, S. 75). Private Konzerne verfügen dagegen über die nötigen finanziellen Mitteln, um Investitionen für die Instandhaltung oder die Sanierung des Wasserversorgungssystems tätigen zu können. Unternehmen müssen sich zudem mit anderen Firmen konkurrieren, weshalb sie daran interessiert sind, neue und effizientere Technologien zu entwickeln (vgl. Küblböck 2004, S. 22).

Durch die Übergabe der Wasserversorgung in die private Hand kann ein Staat Subventionen einsparen sowie, je nach Privatisierungsvertrag, durch eine Gewinnbeteiligung profitieren. Die dadurch gewonnenen Gelder kann ein Staat für den Abbau der Staatsschulden oder für weitere innerstaatliche Investitionen, die für das Volk ebenfalls von großer Bedeutung sind, nutzen. Konzerne, von denen durch marktorientiertes Management höhere Gewinne erwartet werden, würden durch Steuerabgaben dem Staat zusätzliche Geldeinnahmequellen sichern (vgl. Krumm 2015, S. 78f.).

4.1.2 Entpolitisierung und erzielte Erfolge durch Wasserprivatisierung

In armen Ländern ist Korruption, in Verbindung mit unstabilen Regierungen immer noch ein vorherrschendes Problem. Vierteln mit wohlhabenden Bewohnern verfügen deswegen oft über eine bessere Trinkwasserversorgung als ärmere Vierteln. Eine Privatisierung der Wasserversorgung kann einen entpolitisierenden Effekt erzielen. Dies kann der Bevölkerung in Hinblick auf Korruption und Machtmissbrauch seitens der Regierung zu Gute kommen (vgl. Küblböck 2004, S. 23). Die Wasserversorgung kann dabei auch von privaten regionalen Zusammenschlüssen, kleineren lokalen Unternehmen oder größeren Firmen übernommen werden (vgl. Hoering 2004, S. 6).

Im Zuge des Wasserprivatisierungstrends des letzten Jahrhunderts war in einigen Fällen durchaus ein ausgeweitetes Wasserleitungsnetz erreicht worden. Ebenso stieg die Anzahl der Haushalte, die neu an das Wasserleitungsnetz angeschlossen wurden (vgl. Schiffler 2015, S. 180).

4.2 Nachteile

Private Wasserversorger arbeiten im Gegensatz zu staatlichen Wasserversorgern eher gewinn- und dafür weniger gemeinwohlorientiert. Großkonzerne müssen zudem darauf achten, ihre Aktionäre zufriedenzustellen und in deren Interesse zu handeln. Es können bei der Trinkwasserversorgung in armen Ländern Probleme entstehen, wenn die Handlungen der Konzerne zugunsten von Gewinnen und der Aktionäre erfolgen, aber einer optimalen Wasserversorgung der Bevölkerung im Wege stehen (vgl. Krumm 2015, S. 92).

4.2.1 Arme Stadtteile profitieren nicht von der Privatisierung

Die Wasserversorgung zu übernehmen ist in den Augen der Großkonzerne vor allem in den wohlhabenden Gebieten rentabel. Deshalb interessieren sich die Unternehmen eher für die Wasserversorgung in Tourismuszonen, Gewerbegebieten oder nobleren Stadtteilen. In den ärmeren Stadtvierteln wird dagegen oftmals in die Installation von Wasserzählern investiert, aber die Ausweitung oder die Sanierung des Wasserverteilungssystems vernachlässigt beziehungsweise ganz darauf verzichtet (vgl. Deckwirth 2004, S. 21). Ländliche oder sehr arme Gebiete sind überdies meistens gar nicht vertraglich in den Versorgungsbereichen der Privatversorger inkludiert, da sie dort kein profitables Geschäft vermuten (vgl. Lang/Wallenfels 2004, S. 8). Ihnen wird weiterhin Wasser von öffentlichen Versorgern bereitgestellt. Diesen fehlen nun jedoch die Einnahmen der wohlhabenden Wasserverbraucher. Zusätzlich häuften sich die Vorkommnisse, dass Konzerne vertraglich festgesetzte Konzessionszahlungen ausfallen ließen. Öffentlichen Einrichtungen stand somit noch weniger Geld zur Verfügung, um die Bevölkerung mit Wasser zu versorgen (vgl. Deckwirth 2004, S. 22).

4.2.2 Erhöhte Wasserpreise

Sehr oft kann im Zuge einer Privatisierung ein Anstieg der Wasserpreise für die Bevölkerung dokumentiert werden. Die ärmeren Bewohner, die für höhere Trinkwasserpreise jedoch kein zusätzliches Geld aufbringen können, müssen alternative Wasserversorgungsquellen heranziehen, um ihren Bedarf dennoch decken zu können. Oft greifen die Bewohner auf verschmutztes Flusswasser zurück. In Nelspruit, eine südafrikanische Stadt, hatte dieser Umstand den Ausbruch einer Choleraepidemie zur Folge, nachdem die Wasserpreise für die Stadt zwischen 1995 und 2000 vervierfacht wurden (vgl. Krumm 2015, S. 83).

In den Verträgen mit den privaten Wasserversorgern sind meist festgelegte Gewinne vereinbart, die es den Privatunternehmen ermöglichen, die Preise immer wieder zu erhöhen, wenn wirtschaftliche oder umweltbedingte Aspekte ungünstig sind. Überdies ist es für Privatunternehmen eher von Vorteil höhere Summen an Wassergebühren von den Konsumenten zu verlangen, anstatt durch Reparaturen an undichten Leitungen den Gewinn zu erhöhen (vgl. Deckwirth 2004, S. 21f.).

4.2.3 Reduzierung von Arbeitskräften und mangelnde Wasserqualität

Um weitere Kosten zu senken, setzen viele Privatunternehmen auf Entlassung von Arbeitskräften, um deren Gehälter einzusparen. Der Mangel an Personal führt zu weniger gründlichen Überprüfungen der Wasserqualität und einer Vernachlässigung der Wartung der Leitungsrohre. Außerdem benötigen Reparaturarbeiten am Wasserleitungsnetz, ohne die nötigen Arbeitskräfte, mehr Zeit. Längere Unterbrechungen der Wasserversorgung sind die Folge (vgl. Lanz 2011, S.541). „*Vor allem gehen mit dem Ausscheiden von Mitarbeitern Fachwissen und Erfahrung unwiederbringlich verloren.*“ (Lanz 2011, S. 541) Private Firmen, welche die Wasserversorgung von staatlichen Einrichtungen übernehmen, müssten immense Summen investieren, um eine verbesserte Trinkwasserqualität erreichen zu können. Entgegen den Erwartungen der öffentlichen Hand und der Weltbank bleiben jedoch derartige Investitionen der profitorientierten Unternehmen meistens aus. Selbst nach dem Ausbruch der Cholera in Manila wurde das Wasserleitungsnetz nicht renoviert, obwohl die für die Wasserversorgung zuständigen Konzerne zugaben, dass sich die Krankheit durch sanierungsbedürftige Leitungen verbreitet haben musste (vgl. Krumm 2015, S. 81f.).

Für private Betreiber ist es grundsätzlich kostengünstiger Flusswasser, aufzubereiten und das Schöpfen aus natürlichen Wasserquellen einzustellen. Flusswasser bedarf jedoch einer Chlorung, um Keimbildungen während des Wassertransportes in Leitungen zu verhindern. Da Rückstände des schädlichen Chlors unvermeidbar sind, weist aufbereitetes Wasser von Grund auf eine schlechtere Qualität als reines Quellwasser auf (vgl. Lanz 2011, S. 541).

4.2.4 Fehlende Transparenz und Regulierung

Vertragsverhandlungen mit privaten Unternehmen weisen oft nur wenig Transparenz auf. Dies erschwert es der Bevölkerung über die Veränderungen, die die Wasserversorgung betreffen, mitzubestimmen. Fehlende Transparenz fördert zudem Korruption (vgl. Küblböck 2004, S. 28).

Armen Ländern fehlt es in der Regel an Fachwissen und nötiger Finanzstärke, um Großkonzernen eine kompetente Regulierungsbehörde entgegenstellen zu können. Es ist daher für ärmere Länder schwierig, das Wirtschaften der privaten Hand zu

kontrollieren und vertragswidrigen Handlungen der Konzerne Einhalt zu gebieten. Wie Fälle von missglückten Wasserprivatisierungen zeigten, erwies sich die vorzeitige Kündigung eines Vertrages mit privaten Wasserversorgern als äußerst problematisch. Oft verlangten die privaten Wasserversorger Entschädigungszahlungen in einer Höhe von mehreren Millionen US Dollar (vgl. Küblböck 2004, S. 28f.).

5 Nestlé im Wassergeschäft

5.1 Flaschenwasser

Da arme Länder vermehrt mit Wasserarmut, mangelhafter Wasserversorgung und schlechter Trinkwasserqualität zu kämpfen haben, erlangt das in Flaschen abgefüllte Wasser immer mehr an Bedeutung bei der Trinkwasserversorgung. Dabei können sich speziell viele Bewohner armer Länder Flaschenwasser nicht leisten, denn dieses wird laut einer Studie des Natural Resources Defense Council (NRDC) des Jahres 1999 im Vergleich zum Leitungswasser um bis zu zehntausendmal teurer verkauft. Die Forscher fanden ebenfalls heraus, dass in 30 Prozent von 103 getesteten Wassern verschiedener Flaschenwassermarken Verunreinigungen festzustellen waren und weitere 25 Prozent keine bessere Qualität als Leitungswasser aufwiesen. Trotzdem werden derzeit etwa 90 Milliarden Liter Flaschenwasser pro Jahr verkauft, vorwiegend in den asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Absatzmärkten (vgl. Krumm 2015, S. 59f.). Der Lebensmittelkonzern Nestlé ist mit 16,3 Prozent Marktführer, gefolgt von Danone mit 14,2 Prozent, Coca Cola mit 4,6 Prozent und PepsiCo mit 4,2 Prozent Marktanteil. Wasserversorgungskonzerne wie Veolia Water oder Suez sind zwar auch vereinzelt im Flaschenwassermarkt vertreten, müssen ihre Produkte aber mit erschwerenden Bedingungen vermarkten. Auf der einen Seite werben sie für ein qualitativ hochwertiges Leitungswasser, auf der anderen Seite müssen sie Argumente anpreisen, die den Kauf eines zusätzlichen Flaschenwassers rechtfertigen (vgl. Stadler/Hoering 2003, S. 87). Konzerne wissen, dass sich Investitionen in den Flaschenwassermarkt angesichts vieler relevanter Aspekte lohnen. Zum einen schrumpft das natürliche Trinkwasservorkommen der Erde, weshalb die Nachfrage nach reinem Trinkwasser steigt. In einigen Regionen der Erde wird Lei-

tungswasser mit Chlor aufbereitet, wodurch Qualität und Geschmack beeinträchtigt werden. Wasser aus der Flasche ist für viele, die sich das teure Gut leisten können, eine willkommene Alternative. Zum anderen streben immer mehr Menschen eine gesunde Ernährung an. Flaschenwasser gewinnt demnach im Gegensatz zu zuckerhaltigen Getränken immer mehr an Bedeutung (vgl. Schwarz 2000, S. 127).

5.2 Der Konzern Nestlé

Nestlés Ursprung lässt sich auf Henri Nestlé zurückführen, welcher die Firma 1867 in Vevey, einer Schweizer Stadt, gründete. Zu Beginn hatte sich Henri Nestlé auf die Produktion von Säuglingsnahrung spezialisiert. Er weitete sein Produktsortiment jedoch rasch aus, nachdem er erste große Gewinne mit der Säuglingsnahrung erwirtschaften konnte. Heute verkauft Nestlé weltweit Kosmetikprodukte, Arzneimittel, Lebensmittel und Heimtiernahrung (vgl. Attac Schweiz (Hg.) 2004, S. 17f.). Im Jahr 2016 hatte das Unternehmen einen Jahresumsatz von 89.469 Millionen Schweizer Franken zu verzeichnen, eine Jahresumsatzerhöhung zum Vorjahr um 0,7 Prozent (vgl. Nestlé Lagebericht 2016, S. 43). Im Wassersektor erwirtschaftete Nestlé 2016 unter anderen mit seinen Flaschenwassermarken Poland Spring, Deer Park, Ice Mountain, S. Pellegrino, Perrier und Nestlé Pure Life einen Umsatz von 7.926 Millionen Schweizer Franken. Dies entspricht etwa 9 Prozent des Gesamtumsatzes (vgl. Nestlé Lagebericht 2016, S. 52). Im selben Jahr beschäftigte der Konzern 328.000 Mitarbeiter (vgl. Nestlé Lagebericht 2016, S. 46).

Angesichts der wachsenden Nachfrage von Flaschenwasser war es Nestlé ein Anliegen, viele Wasserquellen zu besitzen, mit der Absicht, Wasser in Flaschen abgefüllt verkaufen zu können. Das Unternehmen interessierte sich vor allem für Quellen in Deutschland, Italien, Frankreich und den Vereinigten Staaten. Heute genießen einige Wassermarken des Konzerns einen hohen Statuswert und werden auf der ganzen Welt konsumiert (vgl. Schwarz 2000, S. 127f.).

5.3 Nestlé in Pakistan

Dem Konzern war bewusst, dass qualitativ hochwertiges Wasser, vor allem in ärmeren Ländern, immer mehr an Bedeutung gewinnen wird. Nestlé wollte demnach ein Wasser auf den Markt bringen, welches selbst für arme Bevölkerungsschichten leistbar ist und durch Anreicherung mit Mineralien sogar gesundheitsfördernd wirkt. Außerdem sollte jedem Wasser die gleiche Mineralienzusammensetzung beigegeben werden, um einen gleichen Geschmack gewährleisten zu können. Ebenso sollte sich das Flaschenwasser in seiner guten Qualität nicht unterscheiden, unabhängig von seiner Herkunft (vgl. Schwarz 2000, S. 128f.). Die daraus resultierte Marke „Nestlé Pure Life“ gab es zuerst in Pakistan und dann in weiteren Ländern des Südens zu kaufen. In Pakistan, wo das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung pro Jahr etwa 500 US Dollar beträgt, können sich arme Einwohner das Markenwasser jedoch trotzdem nicht leisten. Das Flaschenwasser bleibt den wohlhabenderen Schichten vorbehalten (vgl. Attac Schweiz (Hg.) 2004, S. 90). Ehsan Ul Haque, Professor für Marketing der Universität LUMS Lahore in Pakistan, erklärte im 2012 erschienenen Dokumentarfilm *Bottled Life* hinsichtlich der Flaschenwassermarke Nestlé Pure Life:

„Für viele Jugendliche war es modisch, mit Pure Life in der Hand herumzulaufen. Damit machten sie ein Statement über sich selbst. Es ging nicht nur um den Gebrauchsnutzen. Man markierte damit, dass man eine moderne Person ist (...).“ (Bottled Life 2012, TC 51:00 – 51:22)

In derselben Dokumentation klagen Bewohner eines Dorfes, in dessen Nähe eine Fabrik des Nestlé-Konzerns errichtet worden ist, über austrocknende Brunnen und eine miserable Wasserqualität im Dorf. Nestlé hätte diesen Umstand zu verantworten, da der Konzern in der Fabrik Wasser sehr tiefe Brunnen fördere und dadurch der Grundwasserspiegel sinke (vgl. *Bottled Life* 2012, TC 53:47 – 54:38). Eine Mutter berichtet, dass die Kinder am meisten unter dem verunreinigten Wasser leiden. Ein Vorsitzender der Gewerkschaft der Nestlé Mitarbeiter warnt auch vor anderen Krankheitserregern, die durch das Wasser Verbreitungsfänden wie unter anderem der Hepatitis Virus. Die Dorfbewohner fordern von Nestlé einen eigenen Brunnen in derselben Tiefe wie jener in der Fabrik, damit sie auch von ihrem Grundwasser profitieren können. Nestlé wies die Bitte zurück. Der Konzern verweigerte ebenfalls eine Wasserleitung vom Fabrikgelände zum Dorf (vgl. *Bottled Life* 2012, TC 56:13 - 57:55).

5.4 Nestlé in Brasilien

Im Jahr 1998 erwarb Nestlé eine Wasserquelle in einem brasilianischen Wasserpark und errichtete in dessen Areal Fabrikgebäude. Der Quelle wurde täglich etwa 30 000 Liter Wasser entnommen, welches anschließend demineralisiert wurde. Das Demineralisieren von Wasser ist in Brasilien eigentlich verboten. Schließlich wurde dem Wasser wieder eine künstliche Zusammensetzung aus verschiedenen Mineralien beigelegt. In dieser Form wurde das Wasser nun unter der Marke „Nestlé Pure Life“ verkauft (vgl. Attac Schweiz (Hg.) 2004, S. 84f.). Das Wirken des Konzerns im Wasserpark hatte negative Folgen auf die Umwelt. Wegen der großen Mengen abgepumpten Wassers fiel der Grundwasserspiegel. Dies hatte die Austrocknung einer Quelle in der Nähe des Wasserparks zur Folge. Das Wasser der restlichen Quellen im Parkareal schmeckte zudem anders als vor der kommerziellen Nutzung von Nestlés Quelle. Im brasilianischen Volk formierte sich daraufhin Widerstand. Doch obwohl es zu einem Gerichtsbeschluss gegen Nestlés Wasserförderbetrieb kam, blieb der Konzern vor Ort und stellte das Abpumpen der Quelle nicht ein (vgl. Attac Schweiz (Hg.) 2004, S. 85f.).



Abbildung 1: Nestlés Wassermarke „Nestlé Pure Life“ mit dem 150 Jahre Jubiläumslogo

5.5 Nestlés Standpunkt zum Menschenrecht Wasser

Der Konzern betont auf seiner Firmenwebseite, dass er Wasser als ein Menschenrecht anerkenne. Dabei verweist er auf zahlreiche Projekte, an denen sich das Unternehmen beteilige, die der Wasserverknappung und der steigenden Zahl durstleidender Menschen entgegenwirken sollen (vgl. Nestlé Menschenrechte, dl). Zu der Position, die Flaschenwasser bezüglich dieser humanitären Probleme einnimmt, äußert sich Nestlé wie folgt:

*„Abgefülltes Wasser kann in Notsituationen, in denen die Infrastruktur für die Wasserversorgung vorübergehend beschädigt oder zusammengebrochen ist, eine zusätzliche Quelle für sauberes Trinkwasser sein.“
(Nestlé Menschenrechte, dl)*

Es sei dabei aber nicht Nestlés Absicht, mit Leitungswasser als primärer Wasserversorgung zu konkurrieren. Flaschenwasser stelle dem Verbraucher lediglich eine Alternative zur Konsumierung von Wasser bereit und bringe dabei einige Vorteile wie etwa in Qualität oder Transportmöglichkeiten mit sich (vgl. Nestlé Menschenrechte, dl).

Die Vorwürfe der pakistanischen Dorfbewohner kann Nestlé nicht nachvollziehen, da der Grundwasserspiegel ihrer Meinung nach nicht durch die Tätigkeiten der Fabrik in der Nähe des Dorfes sinke, sondern durch die unkontrollierte Nutzung des Grundwassers durch die umliegenden landwirtschaftlichen Betriebe. Mehr als 95 Prozent des Grundwassers würden laut Nestlé dadurch verbraucht werden. Der Konzern verweist darauf, dass er auch keine Bewohner anderer Dörfer, die sich in der Nähe der Abfüllfabriken befinden, des Grundwassers beraube und macht auf weitere Hilfsprojekte aufmerksam, die Nestlé entweder selbst ins Leben gerufen hat oder finanziell unterstützt (vgl. Nestlé Bottled Life, dl). Bezüglich der Wasserversorgung rund um die Nestlé Fabriken wird auf der Webseite speziell erwähnt:

„Wir wissen, dass rund 50.000 Menschen durch die von uns installierten Brunnen und Aufbereitungsanlagen in den umliegenden Dörfern Zugang zu sauberem Trinkwasser haben.“ (Nestlé Bottled Life, dl)

6 Fazit

Wasser stellt für den Menschen ein unersetzbares Gut dar und ist seit dem Frühjahr 2010 als Menschenrecht anerkannt. Im Zuge der voranschreitenden Trinkwasserverknappung sprechen Experten reinem Wasser einen enormen wirtschaftlichen Wert zu. Internationale Organisationen wie die Weltbank-Gruppe oder die Welthandelsorganisation sind sich diesem Wert bewusst und stellen armen Ländern Kredite zur Verfügung, die an eine Privatisierung des Wassersektors gekoppelt sind.

Als Argument für die Privatisierung der Wasserversorgung wird oft die unzureichende Wasserversorgung in armen Ländern aufgrund mangelnder finanzieller Mittel herangezogen. Private Unternehmen besitzen dagegen spezifisches Fachwissen und die nötige Finanzkraft, um eine bessere Versorgung gewährleisten zu können. Konzessionszahlungen an den Staat für die Übernahme der Wasserversorgung bringen einem Staat zudem zusätzliche Geldeinnahmequellen ein.

Wasserversorgungen, die von privater Hand übernommen wurden, entpuppten sich in einigen Fällen jedoch zumeist als unvorteilhaft. Als eine der verheerendsten Auswirkungen, speziell auf die Bevölkerung armer Länder, sind die erhöhten Wasserpreise zu erwähnen. Des Weiteren wurde die Qualität des Trinkwassers wider den Erwartungen der Weltbank und anderer Institutionen nicht verbessert, sondern eher verschlechtert. Außerdem wurden Arbeitskräfte im Bereich der Wasserversorgung nach der Übernahme von privaten Unternehmen gekündigt.

In armen Ländern stellt Flaschenwasser eine Alternative zu dem meist verunreinigten Leitungswasser dar. Abgefülltes Wasser ist aber vor allem für die armen Bevölkerungsschichten zu teuer. Nestlé, der Marktführer im Flaschenwassermarkt, lässt seine Flaschen mit Wasser von Quellen auf der ganzen Welt befüllen. Bewohner der Dörfer rund um die Abfüllstationen machen den Konzern für den

immer weiter sinkenden Grundwasserspiegel verantwortlich. Nestlé ist sich jedoch keiner Schuld bewusst und verweist auf die unkontrollierte Nutzung des Wassers durch landwirtschaftliche Betriebe, was ebenfalls einen sinkenden Wasserspiegel bewirken kann. Aufgrund fehlender Forschung bleibt der tatsächliche ausschlaggebende Faktor für die Wasserprobleme jedoch nach wie vor ungeklärt.

7 Abkürzungsverzeichnis

GATS	General Agreement on Trade in Services
ICSID	International Centre for Settlement of Investment Disputes
IFC	International Finance Corporation
IWF	Internationaler Währungsfonds
MIGA	Multilateral Investment Guarantee Agency
NRDC	Natural Resources Defence Council
UN	United Nations
WTO	World Trade Organisation
WWC	World Water Council
WWF	World Water Forum

8 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Nestlé's Wassermarke „Nestlé Pure Life“ mit dem 150 Jahre Jubiläumslogo, unter:
https://www.nestle.com/asset-library/documents/library/documents/annual_reports/2016-annual-review-de.pdf (05.01.2017)

9 Literaturverzeichnis

Bücher

Attac Schweiz (Hg.) (2004): Nestlé. Anatomie eines Weltkonzerns, 1. Aufl., Zürich: Rotpunktverlag

Barlow, Maude (2014): Blaue Zukunft. Das Recht auf Wasser und wie wir es schützen können, 1. Aufl., München: Kunstmann

Barlow, Maude/Clarke, Tony (2002): Blaues Gold. Das globale Geschäft mit dem Wasser, 1. Aufl., München: Verlag Antje Kunstmann

Krumm, Wolfgang (2015): GATS und die Wasserversorgung. Die Privatisierung der städtischen Wasserversorgung in Entwicklungsländern, 1. Aufl., Hamburg: Diplomica Verlag GmbH

Küblböck, Karin (2004): Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen in Entwicklungsländern, in: ÖFSE (Hg.): Armutsminderung durch den Privatsektor. Analysen, Berichte, Kontroversen, Wien: Südwind-Verlag, S. 13-31

Loewe, Jens (2007): Das Wassersyndikat. Über die Verknappung und Kommerzialisierung einer lebensnotwendigen Ressource, 2. Aufl., Dornach: Pforte Verlag

Schiffler, Manuel (2015): Water, Politics and Money. A Reality Check on Privatization, 1. Aufl., Frankfurt am Main: Springer International Publishing Switzerland

Schwarz, Friedhelm (2000): Nestlé. Macht durch Nahrung, 1. Aufl., Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH

Stadler, Lisa/Hoering, Uwe (2003): Das Wassermonopoly. Von einem Allgmeingut und seiner Privatisierung, 1. Aufl., Zürich: Rotpunktverlag

Internet

Deckwirth, Christina (2004): Sprudelnde Gewinne? Transnationale Konzerne im Wassersektor und die Rolle des GATS,

<http://www2.weed-online.org/uploads/Sprudelnde%20Gewinne.pdf> (17.08.2017)

Ewald, Isabelle (2004): Privatisierung staatlicher Aufgaben,

http://doc.vifapol.de/opus/volltexte/2009/1211/pdf/band_44.pdf (16.08.2017)

Lang, Helmut/Wallenfells, Marek (2004): Pro: Private Firmen können helfen, in: Wasser – öffentliche Kontrolle statt Kommerz, S. 6-7,

<https://webshop.inkota.de/produkt/download-suedlink-inkota-brief/wasser-oeffentliche-kontrolle-statt-kommerz> (22.12.2017)

Krüger, Hans-Werner (2011): Die Privatisierung der Wasserversorgung in Deutschland und ausgewählten Ländern, in: Lozán, José L./Graßl, Hartmund u.a. (Hg.): Warnsignal Klima. Genug Wasser für alle, S. 568-580,

http://www.climate-service-center.de/imperia/md/content/csc/warnsignal-klima/warnsignal_klima_kap4_4.18_krueger.pdf (24.01.2018)

Hoering, Uwe (2004): Contra: Der Trick mit den Armen, in: Wasser – öffentliche Kontrolle statt Kommerz, S. 7-8,

<https://webshop.inkota.de/produkt/download-suedlink-inkota-brief/wasser-oeffentliche-kontrolle-statt-kommerz> (22.12.2018)

Lanz, Klaus (2011): Wasser: Öffentliches Gut oder Handelsware?, in: Lozán, José L./Graßl, Hartmund u.a. (Hg.): Warnsignal Klima. Genug Wasser für alle, S. 539-543,

http://www.climate-service-center.de/imperia/md/content/csc/warnsignal-klima/warnsignal_klima_kap4_4.13_lanz.pdf (24.01.2018)

Lill, Felix/Bertelli, Michele u.a. (2015): Bolivien: Der lange Kampf um das kostbare Nass, unter:

https://diepresse.com/home/wirtschaft/international/4835173/Bolivien_Der-lange-Kampf-um-das-kostbare-Nass (19.08.2017)

Nestlé Lagebericht (2016): Lagebericht 2016,
https://www.nestle.com/asset-library/documents/library/documents/annual_reports/2016-annual-review-de.pdf (03.01.2018)

Nestlé Bottled Life, unter:
<https://www.nestle.at/unternehmen/bottled-life> (05.01.2018)

Nestlé Menschenrechte, unter:
<https://www.nestle.at/unternehmen/fragen-und-antworten> (05.01.2018)

Pilardeaux, Benno (2011): Entwicklungslinien der internationalen Süßwasserpolitik, in: Lozán, José L./Graßl, Hartmund u.a. (Hg.): Warnsignal Klima. Genug Wasser für alle, S. 528-532,
http://www.climate-service-center.de/imperia/md/content/csc/warnsignal-klima/warnsignal_klima_kap4_4.11_pilardeuax.pdf (24.01.2018)

United Nations (2010): Resolutions and Decisions, unter:
[http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/64/49\(vol.III\)\(Supp\)](http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/64/49(vol.III)(Supp))
(12.08.2017)

Winkler, Inga (2011): Wo stehen wir mit den Menschenrechten auf Wasser und Sanitärversorgung? Aktuelle Entwicklungen im Rahmen der Vereinten Nationen, in: Lozán, José L./Graßl, Hartmund u.a. (Hg.): Warnsignal Klima. Genug Wasser für alle, S. 552-558,
http://www.climate-service-center.de/imperia/md/content/csc/warnsignal-klima/warnsignal_klima_kap4_4.15_winkler.pdf (24.01.2018)

World Water Council (2000): World Water Vision. Commission Report, unter:
<https://www.ircwash.org/sites/default/files/WWC-2000-Water.pdf> (17.08.2017)

Filme

Bottled Life: Nestlé's Business with Water/Bottled Life: Nestlé's Geschäft mit dem Wasser. Schweiz/Deutschland 2012. Urs Schnell, Lighthouse Home Entertainment, Download, 93 Min.